



Landespressekonferenz

Grundrecht auf Ausbildung schaffen Weg aus der Lehrstellenkrise

1. Pressemitteilung
2. Resolution „Grundrecht auf Ausbildung schaffen“
3. Beschlusslage des Hessischen Landesschülerrates zum Grundrecht auf Ausbildung
4. Bisherige Aktivitäten der LSV zur Lehrstellenkrise

Diese Pressemappe steht zum Download bereit auf:

<http://lsv-hessen.de/content/view/37/55/>

Weitere Informationen sind auf www.lsv-hessen.de verfügbar.

Grundrecht auf Ausbildung schaffen Weg aus der Lehrstellenkrise

Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) blieben zu Beginn des Lehrjahres 2006/2007 50.000 junge Menschen auf ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz ohne Erfolg. Dies geschah trotz der Selbstverpflichtung von Politik und Wirtschaft, durch den so genannten „Ausbildungspakt“ neue Lehrstellen zu schaffen.

Zur Lehrstellenproblematik hat die Landesschülervertretung eine Landespressekonferenz für den 22. März 07 angesetzt. Sie findet um 11:00 Uhr in Raum 307W des hessischen Landtages statt.

Vorab erklärt die Landesschülervertretung Hessen:

„Der Ausbildungspakt ist gescheitert. Trotz aller Versprechungen von Politik und Wirtschaft wird die Situation von Jahr zu Jahr dramatischer, viele Jugendliche haben bereits resigniert aufgegeben“, erklärt der Berufsschullehrer Helmut Weick aus Darmstadt.

Für ihn ist der Mangel an Ausbildungsplätzen keine neue Entwicklung. Die Lehrstellenkrise setzt sich seiner Ansicht nach seit den 70er Jahren stetig fort. Von Jahr zu Jahr akzeptiere die Politik erneut die Entlassung tausender Jungendlicher in die Perspektivlosigkeit und „meist unsinnige Weiterbildungsmaßnahmen“ beklagt Weick.

Landesschulsprecher Kaweh Mansoori fordert die Politik auf zu handeln. „Für uns als Landesschülervertretung ist dieser Zustand unhaltbar“, stellt Mansoori klar. Die Landesschülervertretung plädiert für ein ´Grundrecht auf Ausbildung´, welches im Grundgesetz verankert werden müsse.

„Unsere Gesellschaft hat eine Verantwortung gegenüber allen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Dies zu erkennen reicht jedoch nicht aus, man muss den Betroffenen auch eine Möglichkeit geben, diese Verantwortung einklagen zu können“, so Mansoori weiter. Daher werde sich die Landesschülervertretung mit ihrem Vorhaben an den Deutschen Bundestag richten.

„Für uns ist klar, dass es zusätzlich auch eine Ausbildungsplatzumlage geben muss. Wer nicht ausbildet, muss zahlen“, erklärt der stellvertretende Landesschulsprecher Patrick Krug.

Eine solche Maßnahme sei längst überfällig. Auch zeige die kontinuierliche Lehrstellenkrise erneut deutlich das Scheitern des dreigliedrigen Schulsystems. Die alte Gleichung, dass Hauptschüler industrielle Berufe ergriffen, Realschüler in die mittlere Büroausbildung gingen und Gymnasiasten ein Studium begannen, ginge vor allem in Hessen nicht mehr auf.

Durch Studiengebühren werden immer mehr Abiturienten am Studium gehindert. Durch vermehrtes Anstreben von Ausbildungsberufen erschwerten diese die Ausbildungssituation für Haupt- und Realschüler erheblich.

„Die Zustände werden von der Politik hingenommen und belasten den Ausbildungsmarkt zusätzlich“, kritisiert Krug.

Grundrecht auf Ausbildung schaffen

Perspektive auf Ausbildung für alle Jugendlichen

Jahr für Jahr bleiben Hunderttausende Jugendliche ohne Lehrstelle. Und das in der dritten Lehrstellenkrise seit den 70-er Jahren! Nach 12 Jahren andauernder Lehrstellenkrise ist das Ungeheuer Lehrstellenmangel noch nicht gezähmt.

Viele Jugendliche beginnen deshalb erst verspätet mit einer Ausbildung und müssen dadurch weitere Nachteile für ihr Leben hinnehmen. Viele bleiben ganz ohne Ausbildung und gehen einer ungewissen Zukunft entgegen.

Während der Staat Ausbildungsplätze in Milliardenhöhe finanziert, ziehen sich die Unternehmen weiter aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurück. Für mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger gibt es immer weniger betriebliche Lehrstellen. Gleichzeitig versuchen Politik und Wirtschaft mit schöngefärbten Zahlen die Zuspitzung der Lehrstellenkrise zu verschleiern.

Der zwischen Wirtschaft und Politik im Jahr 2004 geschlossene „Ausbildungspakt“, der jährlich 30.000 neue(!), das bedeutet aber nicht zusätzliche(!) Lehrstellen versprach, entpuppt sich Jahr für Jahr als Fehlschlag. Gleiches gilt auch für den „Hessischen Pakt für Ausbildung“, der ebenfalls völlig unzureichend nun jährlich die Schaffung von nur 4.000 neue(!) Lehrstellen vorsieht.

Für ein auswahlfähiges Angebot fehlen in Hessen 20.000, bundesweit über 200.000 Ausbildungsplätze. Alle Appelle, Lehrstellenversprechen und Notprogramme von Politik und Wirtschaft konnten diesen Skandal bisher nicht beseitigen.

Bei Lichte betrachtet ist die Ausbildungspolitik seit mehr als einem Jahrzehnt als organisierte Verantwortungslosigkeit zur beschreiben.

Deshalb fordern wir nun das GRUNGRECHT auf AUSBILDUNG.

Eine qualifizierte Ausbildung entscheidet über das Einkommen und die Lebensgestaltung jedes Einzelnen. Die Berufsausbildung ist darüber hinaus zukunftsweisend für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft.

Es muss einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz geben. Und seiner Bedeutung für den Einzelnen wie der Gesellschaft nach, muss das Recht auf Ausbildung Verfassungsrang erhalten.

Eine weitere Entlassung von jährlich zehntausenden Jugendlichen in die Perspektivlosigkeit muss endlich ein Ende finden. Jeder Jugendliche muss ein einklagbares Anrecht auf eine qualifizierte Ausbildung bekommen.

Wir fordern die Politikerinnen und Politiker auf, endlich Farbe bekennen.

Jetzt handeln, das Grundrecht auf Ausbildung durchsetzen!

Für die Landesschülervertretung Hessen

Katharina Horn
Berufsschülerin
Stv. Landesschulsprecherin

Mario Cocilovo
Berufsschüler
Referent für Berufsschulen

Der Hessische Landesschülerrat

Beschlusslage April 2006

(Der Hessische Landesschülerrat ist das höchste Entscheidungsgremium der Hessischen Schülerschaft. Er setzt sich zusammen aus den Delegierten der 31 Landkreise und kreisfreien Städte.)

Für ein im Grundgesetz garantiertes Recht auf Ausbildung

Die Landesschülervertretung Hessen fordert eine Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz.

Des Weiteren unterstützt bzw. gründet die LSV Hessen eine öffentlichkeitswirksame Kampagne und Initiative, die diese Forderung durchsetzen soll.

Begründung:

10 Jahre Lehrstellenmangel sind 10 Jahre zu viel!

Die dritte Lehrstellenkrise seit den 70-er Jahren dauert nun schon über zehn Jahre, seit 1995, an. Forderten SPD, Grüne und PDS 1997 noch das „Ausbildungsplatzgesetz“, das jedoch 1998 von der CDU/FDP Mehrheit abgelehnt wurde, so stimmten im Juni 1999 die Regierungsparteien SPD und Grüne im Bundestag gegen diese, vor kurzem noch von ihnen geforderte Umlagefinanzierung. Über die Jahre hinweg wurden staatliche Notprogramme, wie z.B. JUMP, zur Minderung der Probleme eingesetzt. Dennoch sank die Anzahl der Lehrverträge weiterhin.

2000 wurden 2% weniger Lehrverträge als im Vorjahr abgeschlossen, obwohl die Anzahl der Schulabgänger stieg.

2001 waren es 17.163 (2,7%) weniger abgeschlossene Lehrverträge als 2000.

2002 wurden 44.094 (7,7%) weniger Lehrstellen als im Vorjahr angeboten.

2003 waren im Mai 486.168 (7,3% mehr Jugendliche als im Vorjahresmonat) arbeitslos.

2004 wurde das Gesetz zur Umlagefinanzierung kurz vor der letzte Lesung im Bundestag von der SPD/Grünen-Regierung wieder zurückgezogen. Stattdessen wurde ein „Ausbildungspakt“ zwischen der Regierung und der Wirtschaft geschlossen, der sich wiederholt als unwirksam zeigt. 2005 wurden 4% weniger Lehrverträge abgeschlossen. Es fehlten mindestens 250.000 Lehrstellen.

Mittlerweile sind 1,3 Mio. Jugendliche unter 25 Jahren ohne eine qualifizierte Ausbildung.

Folgen dieser Perspektivlosigkeit sind unter anderem Demotivation und Desinteresse in der Schule, daraus resultieren schlechtere Noten, Aggressionen und Gewalt. Ein bekanntes Beispiel ist die Berliner Rütli-Schule (getrennte Haupt- und Realschule), bei der keiner der Hauptschulabsolventen des Jahres 2005 einen Ausbildungsplatz bekam.

Die Reaktionen der Politiker darauf sind erschreckend. Die CDU-Regierung stellte 1997 fest: „Eine Ausbildungsabgabe wäre auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland in hohem Maße abträglich, weil sie zu einer Belastung für die Betriebe führt und der Produktionsfaktor Arbeit auf jeden Fall entlastet werden muss.“

Am 8.6.2001 sagte der damalige SPD-Vize Wolfgang Thierse im Bezug auf das Ausbildungsplatzgesetz:

„Gesetze lassen sich nicht gegen die Wirtschaft durchsetzen!“

Landeschülervertretung Hessen - POSITIONEN

Obwohl der Artikel 12 des Grundgesetzes besagt: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ und das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1980 feststellte, dass diese freie Wahl nur gewährleistet sei, wenn mindestens 12,5% mehr Lehrstellen als Bewerber/innen vorhanden seien (was derzeit offensichtlich nicht der Fall ist), haben Jugendliche, nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung, keinerlei Möglichkeit diese, de facto nicht gegebene, freie Wahl auf einen Ausbildungsplatz bzw. einen Ausbildungsplatz, einzuklagen. Sie befinden sich derzeit, was ihre berufliche Erstausbildung angeht, in einem weitgehend rechtlosen Zustand. Dies gilt es grundsätzlich zu ändern. So wie es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- und Schulplatz gibt, muss es auch einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz geben. Und der gesellschaftlichen wie individuellen Bedeutung von Bildung und Ausbildung entsprechend, muss dieser Rechtsanspruch Verfassungsrang erhalten.

Die Möglichkeit dazu besteht, denn die derzeitige CDU/SPD-Regierung hat die erforderliche Mehrheit um das Grundgesetz dahingehend zu ändern.

Bisherige Aktivitäten der LSV zur Lehrstellenkrise

1995 - 2007

-
- 1995 - 1998, Unterstützung der Unterschriftenkampagne / Petition (60.000 Unterschriften bis Okt 1997) und Aktionen für die Einführung der gesetzlichen Umlagefinanzierung
 - Juni 2001, Diskussion mit SPD-Vize Wolfgang Thierse zur Ausbildungspolitik der SPD
 - 2002, Erneuerung der Petition zur gesetzlichen Umlagefinanzierung im Rahmen der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes
 - 2004, Unterschriftenaktion / Petition an den hessischen Landtag gegen die Abschaffung der Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und für das Recht auf Ausbildung
 - 2006, Beschlussfassung zu Grundrecht auf Ausbildung, März 2007 Initiative zur Durchsetzung